



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit

Sitzungstermin:	Dienstag, 18.01.2022
Sitzungsbeginn:	18:03 Uhr
Sitzungsende:	21:38 Uhr
Raum, Ort:	digital

Anwesend

Vorsitzende/r
Jörg König

Mitglied

Dr. Monique Wölk

Christian Radicke

Sandra Grubert

ab 18:02 Uhr

Anja Hübner

ab 18:05 Uhr

Lutz Jesse

Dr. Martin Juha

Dr. Jörn Kasbohm

Anna Katharina Kassautzki

Shady Al-Khoury

Vertretung für: Jürgen Liedtke bis 19:14
Uhr

Prof. Dr. Markus Münzenberg

ab 18:02 Uhr

Anke Nordt

ab 18:02 Uhr

Gerd-Martin Rappen

Jan Riedel

Dr. Jörg Valentin

ab 18:01 Uhr

Kira Wisnewski

Protokollant/in

Christine Wehrstedt

Abwesend

Mitglied

Michael Hosang

abwesend

Jürgen Liedtke

entschuldigt

Thomas Wellnitz

abwesend

Verwaltung:

Falko Ahlswede
Benny Sören Bernhardt
Dr. Stephan Braun
Dr. Juliane Brust-Möbius
Georg Döll
Tommy Greinert
Grit Hanke
Dr. Michael Heinz
Thilo Kaiser
Winfried Kremer
Jan-Peter Manske
Andrea Reimann
Andres Sappelt
Dieter Schick
Beate Schinkel
Jeannette von Busse
Erik Wilde

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.11.2021
- 4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen
- 5 Vorstellung der gegenwärtigen Planung Theatersanierung
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.1 Straßenzustandsbericht
 - 6.2 Präsentation Stand Hansering
 - 6.3 Vorstellung der Straßenbauvorhaben
- 7 Mitteilungen des/r Vorsitzenden
- 8 Beschlusskontrolle
- 9 Beratung der Beschlussvorlagen

- | | | |
|-----|--|----------------|
| 9.1 | Prüfergebnis zur BV-P-ö/07/0147-0-01 - Überplanung
An den Wurthen an reale Verkehrsnutzung anpassen | IV/07/0051-01 |
| 9.2 | Prüfergebnis zur BV-P-ö/07/0070 - Prüfauftrag Tiny
houses | IV/07/0053 |
| 9.3 | Bebauungsplan Nr. 118 - Südlich Fontanestraße -,
Entwurfs- und Auslegungsbeschluss | BV-V/07/0508 |
| 9.4 | Prüfauftrag Querung Lomonossowallee
SPD-Fraktion | BV-P-ö/07/0162 |
| 9.5 | Wahlwerbung ja - aber maßvoll und ökologisch
Robert Gabel, Anja Hübner | BV-P-ö/07/0181 |
| 10 | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder
des Fachausschusses | |
| 11 | Ende der Sitzung | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|---|--------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellen der
Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit
und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung | |
| 3 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 4 | Mitteilungen des/r Vorsitzenden | |
| 5 | Beschlusskontrolle | |
| 6 | Beratung der Beschlussvorlagen | |
| 6.1 | Interimslösung Theater - weiteres Vorgehen
(Überplanmäßige Ausgabe und weitere
Haushaltsplanung) | BV-V/07/0516 |
| 7 | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder
des Fachausschusses | |
| 8 | Ende der Sitzung | |

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr König begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Mit 15 anwesenden Mitglieder ist der Ausschuss beschlussfähig.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Es liegt eine Tischvorlage von Herrn Gabel und Frau Hübner, Mitglieder der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ vor: „Wahlwerbung ja – aber maßvoll und ökologisch“. Herr Dr. Kasbohm und Frau Hübner begründen die Dringlichkeit.

Herr König spricht sich gegen die nachträgliche Aufnahme der Vorlage auf die Tagesordnung aus. Die Vorlage ist eine Reaktion auf die zuvor eingereichte Vorlage zum gleichen Themen, welche im Ausschuss für öffentliche Ordnung behandelt wird. Der Umweltaspekt ist relevant, bedarf aber nicht der Diskussion im Fachausschuss, weil offenkundig weniger Plakate auch weniger Umweltbelastungen bedeuten.

Frau von Busse befürwortet die Aufnahme der Vorlage auf die Tagesordnung. Alle eingereichten Vorlagen inklusive der vorliegenden würden mit ihrem Beschluss eine Änderung der Sondernutzung an öffentlich-rechtlichen Straßen, Wegen und Plätzen zur Folge haben. Die Zuständigkeit dieses Ausschusses sei gegeben. Sie sei auch mit der Beratung der Vorlage „Wahlwerbung limitieren“ von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion in diesem Ausschuss einverstanden. Diese würde bisher nur auf der Tagesordnung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung stehen.

Herr König lässt über die Aufnahme der Vorlage auf die Tagesordnung abstimmen.

Mit 7 Ja-, 4 Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen ist die Vorlage aufgenommen und wird unter TOP 9.5 eingeordnet.

Frau Dr. Wölk beantragt, auch die Vorlage „Wahlwerbung limitieren“ von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD-Fraktion auf die Tagesordnung zu nehmen; sie würden thematisch zusammengehören.

Herr König spricht, auch als Mitglied einer der einbringenden Fraktionen, gegen diesen Antrag. Die Vorlage liege dem Ausschuss nicht als Tischvorlage vor. Frau Dr. Wölk verzichtet auf die Abstimmung.

Es gibt keinen weiteren Änderungsbedarf zur Tagesordnung. Die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mit Änderung

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Einstimmig	0	0

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.11.2021

Herr König fragt wiederholt nach Informationen zur Klimabilanz, die im Masterplans Klimaschutz verankert und die von der Verwaltung für diese Ausschusssitzung in Aussicht gestellt worden sind.

Frau Dr. Brust-Möbius sagt diese Zuarbeit für den nächsten Gremienlauf zu. Aufgrund dringlichen anderen Projekten, aber auch Krankheit und Urlaub konnte die Klimabilanzierung noch nicht abgeschlossen werden. Die Daten würden bereits vorliegen, deren Auswertung bedürfe aber noch weiteren Abstimmungen mit den Stadtwerken. Es werde eine Verfeinerung erwogen, durch die schneller detailliertere Aussagen über die Anpassung des Klimaschutzplanes getroffen werden können, um die Ziele des Masterplanes zu erreichen.

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Niederschrift vor.
Die Niederschrift wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Einstimmig	0	2

4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

Herr König gibt zusammenfassend ein Schreiben einer Bürgerin wieder, das per E-Mail an alle Ausschussmitglieder weitergeleitet worden ist. Darin kritisiere sie das geplante Hotel, das die Sicht auf die Marienkirche versperre und die Anzahl sowie die bauliche Anlage von Fahrradbügeln in der Stadt. Sie spreche sich außerdem für seniorengerechte Sitzmöbel an öffentlichen Plätzen und Anlagen aus.

Nachträgliche Anmerkung: Die Bürgerin hat eine Weiterleitung an die Verwaltung abgelehnt.

5 Vorstellung der gegenwärtigen Planung Theatersanierung

Herr Haizmann-Dietrich vom Planungsbüro Dietrich Untertrifaller stellt den aktuellen Planungsentwurf zur Sanierung des Theaters Vorpommern, zum Abschluss der Leistungsphase 3, vor. Zum Stand der in dieser Phase geplanten

Kosten informiert Frau Henn.

Herr Kremer teilt mit, dass die derzeitige Kostenaufstellung den Stand vom 2. Quartal 2021 ausweist. Er rechne mit deutlichen Kostensteigerungen bis zum Baubeginn 2023.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Kasbohm erklärt Herr Kremer, dass die Fernwärmeleitung definitiv verlegt werden muss, weil sich diese direkt unter einer geplanten Stützwand befinden würde. Kostentechnisch bewege es sich hierfür bei Mehrausgaben in von Höhe von 250 TEUR. Die mögliche Verlegung der Abwasserleitung werde durch das Fachamt derzeit noch geprüft, man sei aber vorsichtig optimistisch, dass diese an Ort und Stelle bleiben dürfe.

Herr Dr. Kasbohm fragt nach den Planungen hinsichtlich der Barrierefreiheit. Hierzu erläutert Herr Steidle vom Planungsbüro die u.a. mit der Denkmalpflege und der AG Barrierefreie Stadt abgestimmten Punkte. Es werde eine Rampe im Außenbereich als Zugang ins Theater geben. In der Eingangshalle sei ein fahrbares Hubpodest geplant. Im Neubau sehe die derzeitige Planung einen Fahrstuhl vor, der von gehbeeinträchtigten Personen oder Rollstuhlfahrern sowie zum Lastentransport benutzt werden könne.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Herr König bedankt sich für die Präsentation. Diese wird als Anlage zum Protokoll gegeben.

Anlage 1 Präsentation Sanierung Theater öffentlich

6 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Wilde informiert, dass Ende 2021, im Rahmen des Bauplanverfahrens für die Steinbeckervorstadt, das Fachgutachten zur geohydrologische und zur geologischen Untersuchung beauftragt werden konnten. Außerdem seien der Auftrag zur Erstellung des Umweltberichtes sowie der artenschutzrechtlichen Beiträge vergeben worden. Die ersten Ergebnisse, die im 2. Quartal 2022 erwartet werden, sollen in den bürgerschaftlichen Gremien und nach Beschlussfassung auch in den Beteiligungswerkstätten vorgestellt und diskutiert werden.

Herr König fragt nach, ob bei der hydrologischen Untersuchung die Moorflächen hinsichtlich einer möglichen Umnutzung berücksichtigt werden. Herr Wilde sagt dies zu.

Frau Dr. Brust-Möbius weist auf eine Online-Veranstaltung am 26.01.2022 um 17 Uhr hin, auf der das Ladeinfrastrukturkonzept vorgestellt wird. Der Link werde demnächst auf der Homepage der Stadt veröffentlicht.

6.1 Straßenzustandsbericht

Herr Schick stellt den aktuellen Straßenzustandsbericht zum 31.12.2021 vor.

Herr König problematisiert, dass der Bericht in Form eines Lageplans die Vergleichbarkeit des Straßenzustandes zum Vorjahr erschwert. Dagegen lobt er, dass der Bericht zum 2. Mal frühzeitig und damit in einem 1-Jahresabstand vorliegt.

Da Herr Schick auf den Instandsetzungsbericht 2021 verweist, konkretisiert Herr König sein Anliegen: Es sollten nicht nur die Veränderungen durch Instandsetzungen, sondern auch die Verschlechterungen abgebildet werden.

6.2 Präsentation Stand Hansering

Der Oberbauleiter der MIV GmbH, Herr Knubbe, stellt anhand einer Präsentation den aktuellen Stand der Arbeiten anschaulich vor.

Herr Rappen fragt, ob der dort geplante Hotelbau zu den Bauausführungen des Hanserings passe oder ob Konflikte zu befürchten sind. Herr Knubbe antwortet, dass der Hotelbau im Baufeld 2 geplant sei und daher keine Berührung mit den Bauarbeiten am Hansering habe. Die Zufahrten seien darüber hinaus bereits berücksichtigt worden.

Frau von Busse informiert ergänzend, dass der Investor des Hotels die Fernwärmeleitung vor Ort lobend erwähnt habe. Diese sei soweit vorgeplant und installiert, dass das Hotel sofort versorgt werden könnte. Die Abstimmung in der jeweiligen Planungs- bzw. der Bauphase habe gut geklappt. Sollten wider Erwarten Konflikte entstehen, würde sie dem Baufortschritt des Hanserings jederzeit den Vorrang geben.

Anlage 1 Präsentation Umgestaltung Hansering 1. BA öffentlich

6.3 Vorstellung der Straßenbauvorhaben

Frau Hanke stellt die aktuellen Straßenbauvorhaben anhand einer Präsentation vor. Diese wird als Anlage dem Protokoll angehängt.

Frau von Busse informiert, dass zur Erschließung des B-Planes Nr. 114 Schulzentrum eine weitere Gesprächsrunde mit Vertretern der Fraktionen geplant ist, um die Vorzugsvariante vorzustellen und detaillierte Nachfragen zu beantworten. Die Einladung werde über die Kanzlei der Bürgerschaft in den nächsten Tagen an die Fraktionen verschickt.

Herr König schlägt vor, dass in zukünftigen Präsentationen gegebenenfalls per Ampelschema gekennzeichnet werde, wann Bauvorhaben terminlich und/oder finanziell aus dem Rahmen fallen.

Anlage 1 Berichtswesen Tiefbauvorhaben öffentlich

7 Mitteilungen des/r Vorsitzenden

Herr König informiert, dass er in Vorbereitung der Sitzung erwägt habe, die Straße An der Wiek im Ortsteil Riems auf die Tagesordnung dieser Sitzung zu setzen. Die Forderung der Ortsteilvertretung Riems nach einer 30-km/h-Beschränkung sowie einem Straßenausbau sorge seit langem für Aufregung. Herr König fasst ein Antwortschreiben des Oberbürgermeisters zusammen, indem es im Wesentlichen um die Planungsidee der Verwaltung für die Straße, die noch fehlende Förderzusage und das Prüfungsergebnis der Tempomessung in diesem

Bereich geht.

Frau Heinrich, die Vorsitzende der Ortsteilvertretung Riems, verweist auf den schlechten Zustand der Straße und spricht sich nochmals für deren Ausbau aus. Sie wiederholt ihre Einladung an den Oberbürgermeister und Frau von Busse zur nächsten Sitzung der Ortsteilvertretung im März 2022. Frau Heinrich bittet Herrn König das Schreiben der Ortsteilvertretung an die Verwaltung weiterzuleiten. Auch darin werde gebeten, die Planungsidee der Ortsteilvertretung vorzustellen; Frau Heinrich betont die fehlende Einbindung der Mitglieder der Ortsteilvertretung. Sie schlägt vor, dass bis zum möglichen Ausbau der Straße eine Tempo-30-Beschränkung eingerichtet wird.

Frau von Busse ergänzt einige Punkte aus dem Antwortschreiben des Oberbürgermeisters und unterstreicht, dass es darüber hinaus zu diesem Zeitpunkt keinen neuen Stand und keine neuen Informationen gibt. Sie sagt zu, dass die Ortsteilvertretung Riems zum gegebenen Zeitpunkt, also frühestens zur Ausschreibung der Planung, beteiligt wird.

Herr König schlägt vor, die Initiative Greifswald Zero zur nächsten Sitzung einzuladen, damit sie sich im öffentlichen Teil der Sitzung vorstellen kann. – Kein Widerspruch.

8 Beschlusskontrolle

Keine.

Herr König fragt nach dem Bearbeitungsstand einiger Punkte aus der tabellarischen Beschlusskontrolle, die den Mitgliedern der Bürgerschaft regelmäßig zur Verfügung gestellt wird:

- Radwegführung der Pappelallee/Karl-Liebknecht-Ring.
Herr Schick berichtet, dass eine Vorplanung in Auftrag gegeben worden ist. Näheres wird er zur nächsten Sitzung als Information vorbereiten.
- Solarkataster
Frau Dr. Brust-Möbius teilt mit, dass bereits einige wenige, aber veraltete Informationen auf dem Geoportal der Stadt veröffentlicht sind. Man arbeite derzeit an der Aktualisierung und einer besseren Visualisierung. Sie rechne mit der Vervollständigung im Frühjahr 2022.
- Suche nach Flächen für Freiflächenanlagen
Herr Kaiser teilt mit, dass dieser Punkt durch die Stadtplanung demnächst in Angriff genommen wird.
- Pestizidreduktionskonzept: Welcher Terminrahmen erscheint seitens der Verwaltung als realistisch, um die Potenzialuntersuchung für mögliche Flächenentnahmen abzuschließen?
Herr Kremer sagt zu, diese Information den Mitgliedern demnächst zur Verfügung zu stellen.

9 Beratung der Beschlussvorlagen

9.1 Prüfergebnis zur BV-P-ö/07/0147-0-01 - Überplanung An den Wurthen an reale Verkehrsnutzung anpassen

IV/07/0051-01

Auf Einbringung der Informationsvorlage wird verzichtet.

Herr König zeigt sich enttäuscht über das Ergebnis, da viele Verbesserungsvorschläge nicht umgesetzt werden können. Er nimmt zur Kenntnis, dass die Anordnung des Verkehrszeichens 277.1 zum Überholverbot von einspurigen Fahrzeugen noch überprüft wird und schlägt vor, dass zumindest Markierungen das Fahren von Fahrrädern in der Fahrbahnmitte ermöglichen. Herr König kündigt an, der Verwaltung geeignete Beispiele aus anderen Städten als Anregung zu übersenden.

Frau von Busse betont, dass das Prinzip verstanden worden ist: Der Radfahrer soll hier nicht an den Rand der Straße verdrängt, sondern als vollwertiger Verkehrsteilnehmer wahrgenommen werden. Sie sei für alle Anregungen offen und sagt deren Prüfung zu.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

9.2 Prüfergebnis zur BV-P-ö/07/0070 - Prüfauftrag Tiny houses

IV/07/0053

Herr Dr. Heinz stellt das Ergebnis anhand einer Präsentation ausführlich vor.

Frau Wisnewski bedankt sich für die Vorstellung. Sie fragt, inwieweit derzeit Kapazitäten seitens der Stadt vorhanden sind, um in die Umsetzung zu gehen. Sie selbst spricht sich für die Flächen in der Scharnhorststraße und der Steinbeckervorstadt aus.

Herr Wilde macht klar, dass für diesen Zweck zuvor in die Erschließung investiert werden müsse und sich dies je nach Standort kostenintensiv gestalten kann; auch wenn der Bedarf für Tiny Houses minimal-invasiv sein dürfte. Derzeit lägen die Prioritäten auf anderen Vorhaben, das Angebot von Flächen für Tiny Houses könne aber durchaus zur Diversität beitragen.

Herr Kaiser ergänzt, dass sich die Entwicklung des Gebietes in der Steinbeckervorstadt derzeit in einer günstigen Phase befindet und es auf eine grundsätzliche Bebaubarkeit mit Tiny Houses untersucht werden könnte. Sollte es sich als geeignet herausstellen und der Eigentümer einverstanden sein, so könnte diese Aufgabenstellung im Rahmen des B-Planverfahrens aufgenommen werden.

Herr Dr. Heinz bestätigt diese Aussage. Zum B-Plan Nr. 114 (Scharnhorststraße) führt er aus, dass hier die Meinungen aus dem politischen Raum für das Projekt Tiny Houses interessant wären. In dem derzeitigen Stadium des B-Plan-Verfahrens könnte die technische Infrastruktur noch in diese Richtung mitgedacht werden.

Herr König fragt, ob es hierzu bereits eine Stellungnahme der Bürgerinitiative gibt. Herr Wilde verneint dies, allerdings könnte in der Auswertung der Gutachten dieses Thema mitdiskutiert werden.

Herr Kaiser informiert, dass seit einigen Tagen die Anfrage eines Eigentümers eines Grundstückes auf der Insel Riems vorliegt und um Prüfung der Aufstellung von Tiny Houses gebeten wurde.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

9.3 Bebauungsplan Nr. 118 - Südlich Fontanestraße -, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss **BV-V/07/0508**

Herr Döll bringt die Vorlage ein.

Herr König fragt, ob für die Versorgung dieses Gebietes klimafreundliche Möglichkeiten in Betracht gezogen worden sind. Herr Döll stellt die Überlegungen vor: Pultdächer für die Möglichkeit der Installation von PV-Anlagen und der Dachbegrünung, Windräder bis zu einer bestimmten Höhenbegrenzung, keine übermäßige Flächenverdichtung, Flächenvorhaltung für zusätzliche Trafos, um den möglichen Anforderungen von privaten Lademöglichkeiten Rechnung zu tragen.

Frau Wisnewski regt an, den angedachten Spielplatz weiter in das Wohngebiet hinein zu planen oder in Richtung der Streuobstwiese. Herr Döll antwortet, dass dieser Standort aufgrund der Wohndichte und der Anbindung an die Nachbargebiete gewählt worden ist und als günstiger angesehen wird.

Herr Rappen merkt positiv an, dass die Streuobstwiesen berücksichtigt worden sind und dies zum Erhalt der alten Obstsorten beiträgt. Er fragt, ob noch in diesem Jahr mit dem Satzungsbeschluss gerechnet werden kann.

Frau Nordt fragt, ob sich im B-Plan die Verwendung klimafreundlicher Baustoffe festsetzen lässt. Herr Döll kennt keine baurechtlichen Festsetzungen, die dies rechtsicher bewirken könnten. Herr Wilde verweist zusätzlich auf § 9 BauGB. Herr König fragt, ob dies im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages geregelt werden könnte.

Herr König hat festgestellt, dass die angedachte Dachrichtungsneigung und die großen Fensterfronten zur Nutzung der Sonne als zusätzliche Beheizungsmöglichkeit sehr dem klassischen Passivhaus ähneln. Sei dies so beabsichtigt? – Herr Döll bejaht.

Weiter möchte Herr König wissen, warum dieses B-Plangebiet nicht größer gewählt worden ist, z.B. eine Ausdehnung nach Süden. Herr Döll bestätigt, dass dieses Gebiet dort laut Flächennutzungsplan auch als Wohnbaugebiet ausgewiesen ist.

Herr Kaiser ergänzt, dass die Größe des B-Plangebietes so gewählt worden ist, weil das zusätzliche Verkehrsaufkommen noch vertretbar wäre, ein Zuwachs darüber hinaus aber zu einer Belastung für die Stadtrandsiedlung werden könnte. Eine Entwicklung nach Süden bedürfe daher der zusätzlichen Erschließung. Zudem gehören nicht alle Flächen der Stadt.

Herr König regt an, dass mit diesem Hintergrund die Verlegung des Spielplatzes weiter südlich im B-Plangebiet erwogen werden sollte; er würde dann zentral liegen.

Herr König lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Einstimmig	0	0

9.4 Prüfauftrag Querung Lomonossowallee

BV-P-ö/07/0162

Frau Dr. Wölk bringt die Vorlage ein.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Herr König lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Einstimmig	0	1

9.5 Wahlwerbung ja - aber maßvoll und ökologisch

BV-P-ö/07/0181

Frau Hübner bringt die Vorlage ein.

Frau von Busse und Herr Schick sprechen gegen diese Vorlage.

- Das Abhängen von falsch platzierten Plakaten bei der letzten Bundes- und Landtagswahl und die anschließende Inrechnungstellung hat die Parteien disziplinieren können. Als Ärgernis werden allerdings die Kabelbinder empfunden, die nach den Wahlen nicht von den Laternenpfählen entfernt werden.
- Die Idee, die Wahlplakate an einen zentralen Ort zu hängen, wäre in einem noch zu bestimmenden Rahmen gegebenenfalls auch für die Stadt Greifswald umsetzbar. Zu bedenken ist allerdings, dass eine Reduzierung der Wahlplakate die Gefahr birgt, dass die Werbung für die Kandidaten, die Parteien und deren Inhalte von den Wählern nicht mehr wahrgenommen wird. Dies könnte besonders kleine Stadtteile glauben machen, sie wären vergessen worden und so gewissen Parteien Vorschub leisten.
- Die Kapazitäten des zuständigen Tiefbau- und Grünflächenamtes sind derzeit personell begrenzt, so dass die Erarbeitung einer Satzung sowie deren Umsetzung als nicht leistbar erscheint. Die zusätzlichen Kosten sind nicht eingeplant.
- Die Wahlwerbung wird aus Sicht der Verwaltung nicht als zu viel empfunden. Die Anzahl der Masten, Laternen, an die tatsächlich (gestaltungs-)satzungskonform Wahlwerbung hängen darf, hält sich in Grenzen.
- Das Abreißen, in die Natur werfen, Vandalismus usw. wird auch durch eine Reduzierung nicht verhindert werden können.

Frau Hübner reagiert auf die vorgebrachten Punkte.

- Eine Reduzierung hat durchaus einen sichtbaren Effekt auf das Müllaufkommen und den Vandalismus.
- Für Greifswald sollen mehrere Standorte mit gezielten Plakatierungen gewählt werden, um eben die Wahrnehmbarkeit zu erhalten.
- Die Bürger stören sich durchaus an den Wahlplakaten. Verbesserungen

haben sie nicht wahrgenommen.

Herrn König fehlt es in dieser Vorlage an dem Bezug zu naturschutztechnischen Fragen. Die Möglichkeit der Umsetzbarkeit ist für ihn vom besonderen Interesse: Kann die Verwaltung diesen Mehraufwand leisten?

Herr König lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	7	4

10 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses

Frau Dr. Wölk fragt nach dem Stand hinsichtlich der Säuberung des Strandbades. Herr Kremer antwortet, dass die Planungsleistung für die Strandaufspülungen im Herbst 2021 ausgeschrieben und beauftragt worden ist. Der Planer habe nach seiner langen Erkrankung nun mit seiner Arbeit begonnen. Ziel sei es, die Strandaufspülungen im Herbst 2022 auszuführen.

Herr Rappen möchte wissen, welche Auswirkungen es auf die Bauunterhaltung hat, wenn für Projekte wie die Theatersanierung so viele Mittel zur Deckung aus anderweitig geplanten Maßnahmen herausgezogen werden. Was bedeute dies für die betreffenden Maßnahmen?

Herr Kremer berichtet zur Weinert-Schule, dass ein Anteil gefördert wird und für den Eigenanteil eine Deckungsquelle gefunden worden ist. Er bestätigt, dass für die Sanierung des Theaters definitiv Maßnahmen wegfallen müssen. Gestrichen worden seien u.a. Maßnahmen beim Krematorium, beim Volksstadion, kleinere Maßnahmen wie z.B. Malerarbeiten bei den Schulen, beim St. Spiritus.

Auf Nachfrage von Herrn König stellt Herr Manske die Annahme richtig, dass die Mittel aus Maßnahmen entnommen werden, die nicht abgearbeitet werden konnten. Dieser Eindruck sei gegebenenfalls entstanden, weil Maßnahmen erst nach der Haushaltsgenehmigung begonnen werden konnten. Gelder, die dann aufgrund von langen Ausschreibungsphasen nicht bis zum Jahresende ausgegeben werden konnten, wurden dann gezwungenermaßen in das nächste Jahr übertragen.

Frau Wisnewski fragt wiederholt nach der Umsetzung des Lärmaktionsplanes, im Speziellen nach der Umsetzung vom Tempo 30 zur Nachtzeit. Frau von Busse führt aus, dass es für die Anordnung von Tempo-30-Zonen eine nachgewiesene Überschreitung der Lärmgrenzen notwendig ist. Dies führte zu der abstrusen Situation, dass in der Wolgaster Straße abschnittsweise Tempo 30 gelte. Nach einer Neuerung in der StVO werde dieser Umstand nochmals geprüft. Herr König wünscht sich hier eine nachträgliche Beantwortung.

Frau Wisnewski erfragt, ob Radfahrer in der Wolgaster Straße nicht generell auf beiden Seiten in beide Richtungen fahren dürfen. Dies sei u.a. dem Umstand geschuldet, dass es wenige Möglichkeiten zur Überquerung der Straße gebe. Herr Schick erklärt, dass eine gegenläufige Verkehrsführung nicht freigegeben werden kann, weil die Radwege nicht die erforderlichen Breiten haben. Die Polizei

führe sporadisch Kontrollen durch und verwarne die Radfahrer, die sich entgegen diesem Gebot verhalten.

Herr Kaiser ist sich sicher, dass eine Freigabe nicht zu einer Verhaltensänderung der Radfahrer führen würde.

Herr Radicke macht auf eine Stelle in der Wolgaster Straße aufmerksam, für die man über Lockerungen nachdenken sollte: Auf der Südseite, von der Johann-Stelling-Straße bis zum Übergang Friedhof. Die nächste Querung sei zu weit entfernt und konformes Verhalten würde einen unnötigen Zeitaufwand bedeuten, den Wenige in Kauf nehmen.

Herr Dr. Kasbohm fragt nach den Pfandringen an den Kompressor-Mülltonnen am Markt. Warum sind diese abmontiert worden? Herr Schick antwortet, dass diese als Müllbehälter missbraucht worden sind. Herr Dr. Kasbohm deutet an, dass man sich seitens seiner Fraktion nach Alternativen umschauen werde.

Frau Dr. Wölk fragt nach dem Stand für das Bauprojekt in der Stralsunder Straße 47.

Herr Kaiser berichtet, dass das Gutachten nach wie vor beim Landesamt für Kultur- und Denkmalpflege liegt und es daher keinen neuen Verfahrensstand gibt.

Herr König überträgt für alle Bildaufnahmen, die eine Verkehrssituation am Ernst-Thälmann-Ring zeigen. Die derzeitige Verkehrsführung stelle eine Gefahr für Radfahrer dar. Er bittet zu prüfen, ob an dieser Stelle das Verkehrszeichen 277.1 (Überholverbot) angeordnet werden könnte.

Des Weiteren erinnert er an den 12.01., an dem die Straßen in Greifswald besonders glatt waren und es deshalb einige Verletzte gegeben hatte. Es sei der Eindruck entstanden, dass an diesem Tag auf städtischen Flächen kaum gestreut worden ist. Herr Schick antwortet, dass hier Berufsverkehr und Streufahrten zeitlich kollidierten und daher nicht so viele Flächen in so kurzer Zeit bestreut werden konnten. Für mehr Streufahrten würde mehr Technik und Personal benötigt.

11 Ende der Sitzung

Herr König schließt die Sitzung um 21:23 Uhr.

Vorsitz:

Protokollant/in:

Jörg König

Christine Wehrstedt